

Ratsfraktion Bergisch Gladbach

Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach



17.12.2013

Rede des Fraktionsvorsitzenden Dr. Reimer Fischer zum Haushalt 2014

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Der Rat hat Anfang 2012 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Es legt fest, dass der Verwaltungshaushalt bis 2021 ausgeglichen und eine weitere Verschuldung beendet sein sollen.

Wo stehen wir heute? Im Haushaltssicherungskonzept 2012 wurde als Zwischenziel für 2014 eine Neuverschuldung von 16 Mio € vorgegeben. Tatsächlich veranschlagt die Verwaltung die Neuverschuldung des Kernhaushalts 2014 einschließlich der Kosten für zusätzliche Stellen bei über 20 Mio €. Etwa 2,5 Mio € können Einmaleffekten bei den Pensionsrückstellungen zugerechnet werden. Die „reale“ Neuverschuldung liegt also bei mehr als 17,5 Mio € an Stelle der 2012 geplanten 16 Mio €.

Ein anderer Vergleich: 2014 werden gegenüber dem Plan 2013 Einnahmesteigerungen von etwa 4 Mio € erwartet. Trotzdem ist 2014 das Haushalts-defizit 1,8 Mio € höher als jenes des Vorjahres.

Besondere Anstrengungen zu Einsparungen konnte die FDP im vorgelegten Haushalt nicht feststellen.

Wir können uns mit diesem Ergebnis nicht zufrieden geben. Wir haben eine Verringerung des Defizits um etwa 1 Mio € beantragt. Eine „finanzielle Diätkur“ hat es die Bergische Landeszeitung genannt. Der städtische Haushalt unterliegt keinem Wettbewerb, der bei Unternehmen die Anreize zur Sparsamkeit erzeugt. Anstelle dessen haben wir gemeinsam das Haushaltssicherungskonzept als Leitplanke eingezogen, um die Schulden nachhaltig zu begrenzen. Wir wollen nicht kaputt sparen, die Handlungsfähigkeit der Stadt soll nicht beschädigt werden. Andererseits ist es für uns nicht hinnehmbar, wenn der Weg aus den Schulden in guten konjunkturellen Zeiten mit steigenden Einnahmen schon wieder verlassen wird. Ein ausgeglichener Haushalt ist für uns ein Gebot der Zukunftssicherung und Generationengerechtigkeit.

Wehret den Anfängen, sagen wir. Das Haushaltssicherungskonzept enthält noch erhebliche Risiken und Unwägbarkeiten. Ich nenne vorrangig:

- eine abschwingende Konjunktur mit fallenden Einnahmen sowohl aus der Einkommensteuer als auch der Gewerbesteuer
- Eingriffe des Landes bei den Zuweisungen, weil es wegen der Verfassungsvorgabe einer Schuldenbremse dazu gezwungen ist
- mittelfristig steigende Zinsen für die hohen Kredite der Stadt

Zu einzelnen Elementen des Haushaltes 2014: Wir anerkennen, dass aufgrund unseres Antrages 2012 die Lesbarkeit des Haushaltbuches deutlich verbessert wurde, aber es fehlt nach wie vor an Transparenz. Der Rat soll grundlegende Entscheidungen zum Personal- und Finanzbedarf treffen. Aber welche Ratsmitglieder – frage ich – haben einen hinreichenden Durchblick? Welche Veränderungen finden von einem zum anderen Jahr statt? Womit werden sie begründet?

Es ist nicht untypisch, dass in den Ausschüssen lange Diskussionen um kleinere Beträge stattfinden, dass die großen Blöcke häufig aber nur kurz behandelt werden. Es war nicht leicht, den Haushaltsansatz 2014 richtig zu bewerten.

Der Bürgermeister hat in seiner Haushaltsrede vorgetragen, dass der von CDU und FDP beschlossene Personalkostendeckel bis 2013 trotz zusätzlicher Aufgaben eingehalten werden konnte, dass jetzt jedoch zusätzliches Personal benötigt wird. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir sind jedoch überzeugt, dass bei den Abläufen der Verwaltungsarbeit noch Effizienzpotenziale vorhanden sind, die gehoben werden können. Effizienzuntersuchungen sind hierfür ein geeignetes Mittel und sollten gezielt eingesetzt werden.

Die Verwaltung verweist mit einem hohen Überstundenkonto auf eine Überlastung der Mitarbeiter. Die Überstunden zeigen gleichzeitig ein hohes Engagement. Meine persönlichen Erfahrungen mit den Verwaltungsmitarbeitern bestätigen das, sie sind durchgehend positiv. Wenn ein hoher Krankenstand beklagt wird, so muss er quantifiziert und auf seine Ursachen überprüft werden. Die Pauschalaussage, die Ursache liege in einer Überlastung des Personals, ist für uns nicht ausreichend belegt. Ich kenne keine entsprechenden Effekte aus meiner Zeit, als ich noch tätig war, obgleich die reguläre Arbeitszeit länger war als heute. Liegt es vielleicht an Mängeln der Organisation, der Effizienz? Oder auch an den Vorgesetzten?

Wir anerkennen, wie ich sagte, die Leistungen der Verwaltung. Die Stadt ist an vielen Stellen vorangekommen. Ich nenne als Schwerpunkt nur das geplante Einkaufszentrum in Bensberg, das hoffentlich schon bald eröffnet wird. Die FDP hat die städtischen Maßnahmen immer unterstützt, mit einer Ausnahme.

Vorbehalte haben wir nach wie vor bei der Radstation. Nicht, dass kein öffentlicher Nutzen erkennbar ist. Vielmehr ist absehbar, dass die Radstation zu 50% und mehr leer stehen wird und die Stadt damit rechnen muss, dass ihr Verschwendung von Steuergeldern vorgeworfen wird. Wir haben den Bedarf durch mehrfache eigene Zählungen abgestellter Räder und Erfahrungen anderer Städte überprüft. Die Verwaltung hat erklärt, eine nachträgliche Verkleinerung hätte die Förderung gefährdet. Ist das wirklich intensiv verhandelt worden? Wir drängen nach wie vor dazu, die Radstation zu verkleinern.

Bergisch Gladbach hat einen starken Handel und ein differenziertes Gewerbe. Das schützt uns gegen zu starke Einbrüche der wichtigen Gewerbesteuer in schlechteren Zeiten. Ausdrücklich anerkennen wir die Leistungen der Mitarbeiter der Stadtentwicklungsgesellschaft, die es geschafft haben, das topografisch schwierige Gewerbegebiet in Obereschbach zu erschließen. Einen besonderen Erfolg haben sie mit der jüngsten Aktion eines geförderten Breitbandanschlusses mehrerer Gewerbegebiete in der Stadt errungen, gemeinsam mit dem Kreis. Hier hat die interkommunale Zusammenarbeit gut funktioniert. Herzlichen Glückwunsch!

Wir benötigen eine gezielte, den städtischen Strukturen angepasste Wirtschaftsförderung. Nur mit einer hohen Wirtschaftskraft erhalten wir die finanziellen Spielräume für einen ausgeglichenen Haushalt.

Die Freiflächen der Stadt bestehen aus Wald und Hügeln. Eine Gewerbeansiedlung dort ist problematisch. Vorschläge für neue Gewerbeflächen stoßen häufig auch mit Bewohnerinteressen zusammen. In Bergisch Gladbach dominieren heute eben die Wohngebiete, und bei möglichen Standorten für neues Gewerbe außerhalb der vorhandenen Gewerbegebiete muss das berücksichtigt werden. Den Gegensatz auszugleichen ist schwierig, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, und erfordert Kompromisse wie in Lustheide. Den Menschen muss dabei deutlich gemacht werden, dass emissionsarmes Gewerbe keine Bedrohung und für die städtischen Finanzen unentbehrlich ist. Dafür setzt sich die FDP ein. Wir hoffen sehr, dass die Maßnahmen zur Revitalisierung von Gewerbegebieten erfolgreich sein werden.

Ein nicht untypisches Beispiel für Probleme der Stadtentwicklung gegen Bewohner- bzw. Umweltvorbehalte ist die langjährig von CDU und SPD verfolgte Umwandlung der Bahndammtrasse in eine Straße. Wir haben sie immer abgelehnt, weil ein Abgleich von Vor- und Nachteilen deutlich zuungunsten dieser Straße absehbar war. Das ist jetzt durch das neue Umweltgutachten des Landes bestätigt worden. Viele Bürgerproteste hätten vermieden werden können. Inzwischen wird auf der Trasse, die für einen Autobahnanschluss erforderlich wäre, ein Autohaus gebaut.

Die Verwaltung hat mit auslaufender Konzession für die Nutzung der Strom-, Gas- und Wassernetze durch die Belkaw Vorbereitungen ergriffen, sich an eigenen Stadtwerken zu beteiligen. Damit sollen zusätzliche Erträge für die Stadt generiert werden. Grundsätzlich lehnen wir es ab, dass sich die Stadt an Unternehmen beteiligt, bei denen Risiken vorliegen und bei denen die Daseinsvorsorge von untergeordneter Bedeutung ist. Wir haben uns deshalb von einem unabhängigen Unternehmen beraten lassen um sicher zu stellen, welche Risiken bei einer städtischen Beteiligung an Stadtwerken zu beachten sind und unter welchen Bedingungen wir einer solchen Beteiligung zustimmen können. Es darf nicht sein, dass möglicherweise Steuergelder zum Ausgleich von Verlusten einer städtischen Beteiligung eingesetzt werden. Wir hoffen, dass die Verhandlungen mit den Bewerbern zu Ergebnissen führen, denen wir auch zustimmen können.

Alle Parteien stehen geschlossen hinter den anstehenden Schulsanierungen. Ich möchte das an dieser Stelle für die FDP bekräftigen. Bergisch Gladbach ist eine Bildungsstadt, davon zeugen die vielen Schüler aus dem Umland, die unsere Schulen besuchen. Leider kosten sie die Stadt auch viel Geld, welches wir aus gesetzlichen Gründen nicht von den Nachbarkommunen zurückholen können. Auch die vorbildliche Kindergartenlandschaft möchte ich erwähnen. Bergisch Gladbach ist eben attraktiv.

Ein Positivposten städtischer Attraktivität ist die Kultur. Es ist nicht richtig wenn behauptet wird, dass wir mit unseren Sparanträgen die Kultur beschädigen. Wir haben versucht, versteckte Reserven aufzuspüren. Wir haben beim Bergischen Löwen eine Untersuchung mit der Westdeutschen Akademie für Kommunikation angestoßen, deren Ergebnisse Wege für eine bessere Nutzung und zusätzliche Erträge dieses Kulturhauses aufzeigen sollen. Auf die Vorschläge, die Anfang 2014 vorgelegt werden, sind wir sehr gespannt. Sie könnten auch ein Modell für die anderen Kultur-einrichtungen sein. Die Fördermaßnahmen für das Bergische Museum begrüßen wir sehr. Kulturförderung ist richtig, aber es ist auch richtig, dass die Kultur breit genutzt werden soll. Sonst ist es Verschwendung.

Man mag es mir nachsehen, wenn ich an dieser Stelle meine Fraktionskollegin Ingrid Koshofer hervorhebe, die das Max-Bruch-Festival auf den Weg gebracht hat, mit großem Erfolg und ohne öffentliche Förderung. Die FDP ist eben nicht nur die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, sondern sie vertritt das ganze Spektrum städtischer Aufgaben. Wir sorgen uns um eine weitere Verschuldung, die unbedingt eingegrenzt werden muss, damit wir auch zukünftig Stadtentwicklung, Schulen, Sozialaufgaben und Kultur finanzieren können. Es ist eine Gratwanderung, weil Einsparungen vielfach mit Einschränkungen verbunden sind. Aber es ist der richtige Weg, heute zu fragen, was machbar ist, und damit die Voraussetzungen zu schaffen, dass morgen nicht die Musikschule oder die Villa Zanders geschlossen werden muss, so wie in anderen Städten.

Damit bin ich wieder am Anfang angelangt. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.